Einzelnummer 10 Pfennig
...zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Fritz Heckert, M. d. R. spricht zur Revolutionsfeier

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Mittwoch, den 2. November 1927 — Nummer 256

Kundgebung zur 10. Jahresfeier

Am 6. November Massendemonstration der Dresdner Arbeiter

Sonntag: Auf zum Zirkus!

In diesen Tagen rüsten die revolutionären Arbeitermassen der ganzen Welt zur würdigen Feier der siegreichen proletarischen Revolution in Sowjetrußland. Aus allen Ländern, allen Teilen des Erdballes treffen in Leningrad und Moskau Arbeiterdelegationen ein, stürmisch begrüßt von den Arbeitern der Sowjetunion. Die Delegationen der unter dem Joche kapitalistischer Herrschaft seufzenden Proletariermassen überbringen heiße, brüderliche Grüße, bekunden die Solidarität der Werktätigen und aller Unterdrückten, deren Herzen für die russische Revolution begeistert schlagen. Mit eigenen Augen werden sich die ausländischen Delegationen, die jetzt in der Sowjetunion weilen, davon überzeugen können, welche gewaltigen kulturellen Fortschritte das Land der Arbeiter und Bauern unter der siegreichen Diktatur des Proletariats in den letzten Jahren gemacht hat. Sie werden mit eigenen Augen sehen, daß alle Reichtümer des Landes den Werktätigen gehören, die im Vaterland der Revolution ein neues Leben, proletarische Ordnung und Kultur und den Sozialismus aufbauen. Der gewaltige Eindruck von dem unverkennbaren Aufstieg und Vormarsch zum Sozialismus wird sie erkennen lassen, daß der sozialistische Aufbau eine Sache und Errungenschaft des gesamten Weltproletariats ist.

Die Feier des ersten Dezenniums der russischen Revolution erinnert besonders aber die deutschen Arbeiter an jenen in der Geschichte beispiellosen Verrat, den die Führer der Sozialdemokratischen Partei mit Ebert, Scheidemann und Konsorten an der deutschen Revolution verübten. Neun Jahre schwarz-rot-goldene Republik, die Herrschaft des Bürgerblockes unter der Aera des kaiserlichen Feldmarschalls von Hindenburg zeigen heute den deutschen Arbeitern, wohin der Weg des Reformismus geführt hat. Am 10. Jahrestag der siegreichen russischen Revolution müssen die deutschen Arbeiter daraus die Lehre ziehen.

*

Das Dresdner revolutionäre Proletariat rüstet zur gewaltigen Massenkundgebung am kommenden Sonntag im Zirkus. Auch die Dresdner Arbeiter werden an diesem Tage ihre tiefen Sympathien für Sowjetrußland bekunden und durch gewaltigen Massenaufmarsch zum Ausdruck bringen, daß auch sie zur Verteidigung der Sowjetmacht bereit und gerüstet stehen. Die Dresdner Arbeiter werden aufmarschieren zur Feier des Sieges der russischen Revolution. Ihr Aufmarsch wird ein Auftakt sein zu ihrem Kampfe um den revolutionären Sieg über die Diktatur des Bürgerblocks, zum Kampf für die Diktatur des Proletariats.

Zwei Wege — Zwei Bilanzen

Vor ungefähr zehn Jahren saß er an seinem Schreibtisch und schrieb über die künftige Entwicklung Rußlands. Schon damals — noch herrschte Kerenski — hielt er „die vorübergehende Herrschaft des mit der Bauernschaft verbündeten Proletariats als eine notwendige Entwicklungsstufe im Entwicklungsgang Rußlands, zur bürgerlichen Demokratie". Schon damals weissagte er die proletarische Diktatur — und ihre Niederlage. Noch ehe die russische Revolution überhaupt gesiegt hatte, tröstete dieser Mann schon die Bourgeoisie: es geht vorüber.

Wer dieser kluge Prophet gewesen ist? Otto Bauer, der damals unter dem Decknamen Heinrich Weber seine erste Broschüre über Rußland schrieb. Otto Bauer, der inzwischen seine Stellungnahme zur russischen Revolution so oft auswechselte, wie es verschiedenartige Situationen, verschiedenartige Kräfteverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse in Europa und in Oesterreich gab — je nachdem der Druck der radikalisierten Massen und ihre Sympathie für das Land der proletarischen Herrschaft stieg oder sich abschwächte. Otto Bauer, der in diesen Tagen auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie die Scherben des austromarxistischen Bankrotts vom 15. Juli wieder zu einem heilen Porzellantopf zusammenleimen muß.

Der Führer des Austromarxismus hat ein reichliches Backerdutzend Meinungen über Sowjetrußland von sich gegeben. Am liebsten aber kehrte er immer wieder — wenn es die Stimmung der Proleten nur irgend zuließ — zu der antibolschewistischen These seiner Weber-Broschüre zurück und beschwor, mit der proletarischen Diktatur sei es eine faule Sache: früher oder später müsse sie der bürgerlichen Demokratie Platz machen. Inzwischen sind 10 Jahre siegreicher Revolution vergangen. Zehn Jahre Sowjetmacht haben die Antwort auf Otto Bauers geschichtlicher Weisheit erbracht. Es kam alles genau umgekehrt, als es der Meister der austromarxistischen Spiegelfechterei geweissagt hatte. Das Proletariat Sowjetrußlands, das sich im revolutionären Aufstand die Macht eroberte, verteidigte sie erfolgreich gegen alle inneren und äußeren Angriffe der Konterrevolution. Der Machtapparat der proletarischen Diktatur steht nach zehn Jahren gefestigt und unerschütterlich da. Das Sowjetsystem ist in den Massen der Arbeiter und werktätigen Bauern verwurzelter denn je. Die Rote Armee — gestützt auf den Willen der breitesten Volksmassen zur Verteidigung ihres sozialistischen Vaterlandes — ist ein entscheidender Schutz gegen die Angriffspläne des Imperialismus. Die bolschewistische Partei als Führerin der Massen bei der Verteidigung der Revolution wie bei dem sozialistischen Aufbau ist geschlossen und stark genug, mit den kleinbürgerlichen Schwankungen etlicher bankrotter Führer fertig zu werden. Die Wirtschaftspolitik Lenins, die nach Otto Bauer zum Siege des Kapitalismus hätte führen müssen, bewirkte tatsächlich die immer stärkere Verdrängung der privatkapitalistischen Wirtschaftsteile in der sowjetrussischen Wirtschaft durch die wachsenden sozialistischen Bestandteile der Produktion und Handel, deren Uebergewicht heute auf allen Gebieten längst entschieden ist. Zugleich vermochte das siegreiche Proletariat durch ein System zähen und zielbewußten Ringens um kulturelle und soziale Umwälzung das traurige Erbe des Zarismus zu überwinden und die Grundmauern einer neuen Welt zu errichten. Während in der ganzen kapitalistischen Umwelt der Achtstundentag dem Proletariat geraubt und der Zehn- und Zwölfstundentag fast zur Alltäglichkeit gemacht wurde, geht die Sowjetmacht zur allmählichen Herabsetzung der Höchstarbeitszeit von acht auf sieben Stunden über. Das alles sind die Erfolge von zehn Jahren, in denen die Proletarier Rußlands den „Irrweg des Bolschewismus", wie es Otto Bauer nennt, nach den „Irrlehren" Lenins marschierte.

Und zur gleichen Zeit? In den gleichen zehn Jahren führte der neunmalweise Otto Bauer und der übrige Klüngel des austromarxistischen Führertums die Arbeiter Oesterreichs rückwärts, auf jener „bewährten" Bahn, die nach neun Jahren demokratischer Republik zum 15. Juli 1927 und der blutigen Niederknüppelung der künstlich wehrlos gemachten Wiener Arbeiterschaft führte. Was das für eine „bewährte" Politik war? Otto Bauer plaudert sie mit seltener Ehrlichkeit in einem Aufsatz zum Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie „Kritiker links und rechts" aus, der im Oktoberheft der austromarxistischen Zeitschrift „Der Kampf" erschien. Dort heißt es:

„Seit dem November 1918 war unsere ganze Politik durch das Prinzip bestimmt, alles bis zum äußersten daranzusetzen, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Deshalb haben wir 1919, zwischen dem roten Budapest und dem roten München, die Demokratie verteidigt. Deshalb haben wir in den vielen Jahren seit 1920 jeden Versuch vermieden, die bürgerlichen Regierungen gewaltsam zu stürzen."

Kein Wunder, daß eine solche systematische Entmannung des Proletariats, eine solche künstlich großgezüchtete Ohnmacht, während zugleich mit allen Ueberredungskünsten den Arbeitern eingetrichtert wird, sie seien stark und auf dem geradesten Wege zum Sieg —, daß eine solche Politik der Bourgeoisie kampflos alle Macht und Ueberlegenheit in die Hände spielen mußte, ehe die Arbeiter noch dessen inne wurden. Heute kann sich die österreichische Bourgeoisie nach den eigenen Worten des Führers der österreichischen Sozialdemokratie wieder „auf bewaffnete staatliche Formationen verlassen, die keine Scheu mehr haben, auf demonstrierende

Fort mit dem Koalitionssenat

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Hamburger Senat

Hamburg, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Heute findet die erste Sitzung der neugewählten Hamburger Bürgerschaft statt. Die Kommunisten haben folgenden Antrag eingebracht:

Die Bürgerschaft beschließt: **Der Senat besitzt nicht das Vertrauen der Bürgerschaft. Sein Rücktritt wird sofort erfolgen.**

Dazu gibt die KPD eine Begründung, die die arbeiterfeindliche Politik der bisherigen Koalitionsregierung in allen Einzelheiten aufzeigt und brandmarkt, und erklärt am Schluß: Auf Grund dieser Tatsachen, sowie angesichts des Wahlergebnisses fordert die kommunistische Bürgerschaftsfraktion den sofortigen Rücktritt des Koalitionssenats, und erklärt erneut, daß sie bei einer Neuwahl des Senats bereit ist, für die sozialdemokratische Regierung zu stimmen, um dieser die Möglichkeit zu geben, Arbeiterforderungen durchzuführen. Bei der Durchführung von im Interesse der werktätigen Massen liegenden Maßnahmen wird die KPD den SPD-Senat gegen die Angriffe der Bourgeoisie halten.

Obgleich bei den Kommunisten kein Zweifel mehr besteht über die Absichten der SPD, hat die KPD alle Maßnahmen getroffen, um immer wieder den Versuch zu machen, die SPD-Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen Politik zu überzeugen und die SPD-Führer bei jeder Gelegenheit und jedem Tagesordnungspunkt immer wieder vor die Entscheidung zu stellen: **Mit den bürgerlichen Koalitionsparteien für die Interessen der Bourgeoisie, oder mit den Kommunisten für die Forderungen der Kommunisten und die Interessen des Proletariats.**

Die KPD präsentiert Arbeiterforderungen

Hamburg, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die kommunistische Bürgerschaftsfraktion bringt in der heutigen Bürgerschaftssitzung Anträge für die Erwerbslosen und Sozialrentner ein, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Prozent, Beihilfen durch Versorgung mit warmer Winterkleidung und Feuerung sowie 50 Prozent Ermäßigung für Gas und elektrischen Strom vorsieht. Ein weiterer Antrag verlangt im Interesse der Gemeinde- und Staatsarbeiter sofortigen Austritt des Senats aus dem Niederelbischen Arbeitgeberverband und Abschluß von Lohn- und Arbeitszeittarifen durch die Bürgerschaft und Einsetzung eines ständigen Ausschusses, der gemeinsam mit den freien Gewerkschaften die Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten zur Beschlußfassung vorbereitet.

*

Hamburg, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Kommunisten haben der Hamburger SPD bei den Wahlen zum Bürgerschaftspräsidium jede Möglichkeit einer Ausflucht genommen, so daß die SPD-Fraktion unter dem Druck der oppositionellen Arbeiterschaft bei den Vorverhandlungen der Wahl eines kommunistischen Vizepräsidenten zustimmen mußte. Die bürgerlichen Koalitionsparteien erklären: Wenn die SPD tatsächlich für einen kommunistischen Vizepräsidenten stimmt, so wird das weitere Folgen haben. Die Bürgerlichen lehnen jedenfalls ab, dann überhaupt noch in das Präsidium einzutreten. Gegen die Kommunisten muß eine scharfe Linie gezogen werden.

Die Sozialdemokraten beschwören die Bürgerlichen in den höchsten Tönen, doch ja keine weiteren Konsequenzen zu ziehen, da es sich bei den Präsidiumswahlen doch nur um einen „alten parlamentarischen Brauch, aber keineswegs etwa um kommunistisch-sozialdemokratische Koalitionspolitik handelt."

*

Kommunistischer Vizepräsident in Hamburg

Hamburg, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Zwischen der kommunistischen und sozialdemokratischen Fraktion der Hamburger Bürgerschaft fand eine Besprechung in der Frage der Besetzung des Postens des ersten Vizepräsidenten der Hamburger Bürgerschaft statt, der der kommunistischen Fraktion als der zweitstärksten in der Hamburger Bürgerschaft zusteht. Die kommunistische Fraktion erklärte, daß der kommunistische Vizepräsident seine Funktion im Rahmen der Geschäftsordnung ausüben werde, wobei sich die Fraktion vorbehalte, Abänderungen der Geschäftsordnung zu beantragen. Die Repräsentationspflichten eines kommunistischen Vizepräsidenten werden ausgeübt, soweit dieselben mit den Interessen der werktätigen Massen im Einklang stehen. Die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft erklärte ihre Zustimmung zu der Wahl des kommunistischen Vizepräsidenten.

*

Preisgabe der Arbeitermehrheit durch die SPD

Hamburg, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern trat die neugewählte Bürgerschaft von Harburg und Wilhelmsburg zusammen. Zum 1. Bürgermeister wurde mit den kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen der Sozialdemokrat Dudek gegen die bürgerlichen Stimmen gewählt. Zum Syndikus und 2. Bürgermeister wurde darauf mit sämtlichen bürgerlichen und sozialdemokratischen (!) Stimmen der bürgerliche Bartmann gewählt.

Die Kommunistische Partei hat für Mittwoch und Donnerstag in Harburg und Wilhelmsburg öffentliche Protestversammlungen gegen die schändliche Politik der Sozialdemokratie einberufen, da die SPD bewußt und planmäßig die Ausnutzung der Arbeitermehrheit zur Durchsetzung von Arbeiterforderungen unmöglich gemacht hat.